

Die „Volkswoche“
erfordert wöchentlich 6 Pfennig
und ist durch die
Expedition, Neu-Grauenstr. 1/6,
und durch Postorteure zu bezahlen.
Preis vierzehnzig Pf. 8.50.
pro Woche 20 Pf. 9.50.
Durch die Post bezogen 20 Pf. 8.50,
frei ins Haus 20 Pf. 9.50,
wo keine Post am Ort, 20 Pf. 8.50.

Umfassungsschein: Preise
für die städtische Postausgabe
oder deren Kosten 20 Pf. 9.50.
Postkarte für Kleinpost 40 Pf. 9.50.
Postkarte für Kleinpost 15 Pf. 9.50.

Volkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephone
Redaktion 3141.

Telephone
Expedition 1206.

Nr. 18.

Breslau, Donnerstag, den 22. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Herrn Delbrück's Programm.

Der Staatssekretär des Innern hat am dritten Tage der Debatte über seinen Entwurf in die Erörterung eingegriffen. Er hat dabei ausführlich über alle wesentlichen Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gesprochen, die in der Diskussion bis dahin zur Sprache gekommen waren, und hat so eine Art von Programm der Regierung aufgestellt. Es ist ein gewaltiges Gebiet der staatlichen Bedeutung, das den Verteilung des Herrn Dr. Delbrück untersteht, und niemand wird ihm die Anerkennung verleihen wollen, daß er sein Werkstift befehrt und in geschlossener Anschauung das System überseht, das in die Tendenzen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur in enger Beziehung umfaßt. Es war insofern interessant, zu Beginn seiner Rede von ihm zu hören, daß er vor der Beratung des Staats an die 200 Einzelprobleme hat bearbeiten lassen.

Aber trotzdem ist die Bezeichnung wohl berechtigt, daß es nur eine Art von Programm ist, das der Staatssekretär aufgestellt hat. Es ist von der Absicht geleitet, lediglich die jetzt geübte Sozial- und Wirtschaftspolitik zu erhalten, und all seine Ausschlußungen mündeten aus in die Schlussfolgerung. Dieses innerhalb keinerlei Verbleiben und Verwischen ist aber keinesfalls ein Programm der Zukunft, zumal auf dem Gebiet gerade, auf dem ständig neue Forderungen und neue Notwendigkeiten entspringen. Die Vermutung ist auch nur allzu leicht begründet, daß die Argumente, die der Redner der Regierung zur Rechtfertigung seiner These vortrug, eben deshalb nachdrücklich zusammengefaßt und aneinander gereiht sind, um jenen Stilstrom in der Sozialpolitik und das Beharren bei der agrarischen Wirtschaftspolitik zu begründen.

Herr Dr. Delbrück fand eine recht geschickte Formel, um sein negatives Programm gleich anzukündigen: die gesetzgeberische Arbeit sei — so meinte er etwa — einzurichten abgeschlossen; jetzt handle es sich um die Ausführung, um die Vollständigkeit der einzelnen Maßnahmen und Behörden. Die einzigen Probleme, die ihm jetzt noch interessant scheinen, liegen nur auf dem Gebiet des Koalitionsrechts in all seinen Richtungen, und er zitterte vorsichtigweise das Syndikatwesen, die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige usw. Wenn der Staatssekretär für seine Politik die Behauptung vor einem „Abbau der Sozialpolitik“ ablehnt, so ist das bestens ein Streit um Worte. Die Freunde von sozialdemokratischer Seite haben ja wohl das Gute gehabt, daß sie ihm bald über unsere durchaus verschiedene Auffassung informierten.

Auch in der Wirtschaftspolitik soll, wie gesagt, alles beim alten bleiben. Der bisherige Zollschutz genügt, müsse er auch aufrecht erhalten werden. Und im Zusammenhang damit erklärte der Staatssekretär die Absicht der Regierung, die geltenden Handelsverträge nicht zu ändern, auf Maßnahmen des Auslandes aber, die ungünstig wären, mit eigenen Gegenmaßnahmen zu antworten. Diese Erklärung verlor der Staatssekretär, sobald man wohl an eine authentische Declaration der Auffassung glauben kann, wie sie von der deutschen Reichsregierung vertreten wird.

Es ist nicht zu erkennen, warum Herr Dr. Delbrück erst im Laufe der Debatte diese Rede gehalten hat, denn auf die vorhergegangene Erörterung ließ er sich so gut wie gar nicht ein. Man kann wohl auch sagen, daß gegenüber den reichhaltigen Beschwerden, die gedauert worden waren, und gegenüber den vielen Forderungen seines Programms nicht wohl verständlich ist. Zu Beginn seiner großen Fragen angesichts und erörtert, denen Regelung die Aufgabe einer willensstarren Sozialpolitik feinmüßte. Er erörterte namentlich die Stellung der Landarbeiter in Deutschland, ihre unerhörten Rechtsverhältnisse, die eine rechtliche Gleichstellung mit den Industriearbeitern gefordert werden, und auch die standesdienliche Arbeits- und Lebensverhältnisse. Unser Redner hatte auch gezeigt, wie gerade die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahre auf energetische Reformen und Verbesserungen hindeutete. Allerdings meint auch das, was Genosse Krätzig eine ganze Regelung der gesetzlichen Verpflichtung der Industriearbeitern gegen die Amerikanischen Sozialpolitik sein möchte. Er erörterte namentlich die Stellung der Landarbeiter in Deutschland, ihre unerhörten Rechtsverhältnisse, die eine rechtliche Gleichstellung mit den Industriearbeitern gefordert werden, und auch die standesdienliche Arbeits- und Lebensverhältnisse. Unser Redner hatte auch gezeigt, wie gerade die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahre auf energetische Reformen und Verbesserungen hindeutete.

Die Zoll- und Handelspolitik des deutschen Reichs war auch am Mittwoch fast der einzige Gegenstand der Erörterung, die die Generaldebatte über den Entwurf des Innern maßte. Die überaus wohlwollenden Darstellungen, die der Staatssekretär von den Wirkungen der berühmt „bemerkten Wirtschaftspolitik“ gegeben hatte, wurden durch den fortwährenden Kritik von Herrn Gothein in einer sehr gründlichen Kritik untersucht und in den wesentlichen Punkten widerlegt.

Herr Gothein ist sicherlich nicht von bedeutender rechterlicher Bedeutung, aber er beherrschte vorzüglich das umfange-

reiche Material der deutschen Handelspolitik und wußt es auch in der Polemik gegen die Hochschulgötter in ausgezeichnetster Weise zu verwerten. Diese Anerkennung wird nicht von den Reden berührt, die die Schlussfolgerungen des Herrn Gothein erwecken müssen. Aus den eigenen Darlegungen des fortwährenden Redners ergibt sich vielmehr im Gegensatz zu der Unsicherheit, die Herr Gothein bewies, daß ein entschiedener Angriff auf das System des Hochschulgötzs möglich und notwendig ist. Aus der sehr eingehenden, mehr als dreistündigen Rede des Herrn Gothein lassen sich einzelne Momente nur schwer hervorheben. Es war eine geschlossene und logische Reihe von Argumenten gegen das Hohe Ziel, das Herr Dr. Delbrück tags vorher gelungen hatte.

Diese Argumente bemühte sich Herr Dr. Brendt nach Möglichkeit zu erschüttern, aber seine Scherze waren nicht einmal kuriell. Viel interessanter an den Ausführungen des reichsparteilichen Redners war die Kritik an der Erklärung, die die Regierung tags zuvor durch Herrn Delbrück zur Erneuerung der Haupteleverträge hatte abgeben lassen. Dieser Beschwerde legt natürlich die Vermutung hierüber nahe, daß die Regierung sich nicht ohne weiteres für eine normale Erhöhung der Zölle begnügt. Auch aus den Bemerkungen, die zu Beginn der Sitzung der bayerische Agrarier Weilnöck gemacht hatte, hängt diese Klage.

Politische Übersicht.

Die am meisten durchgefahrene Partei.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat beschlossen, dem Plenum vorzuschlagen, die Wahl des reichsparteilichen Abgeordneten von Halem ungültig zu erklären. Der Reichstagabgeordnete von Liebert, ebenfalls zur Reichspartei gehörig, hat sein Mandat nie übergeben.

In den Reichstag 1907 trat die großsprecherische Reichspartei — Liebert — Nienholt — Merlin — mit 24 Abgeordneten ein, in den von 1912 noch mit 18. Von diesen 18 sind bisher von Larenz hinausgewählt, Liebert und Halem ungültig, Larenz geschehen, sodass noch möglicherweise 9 Männlein und ein paar Spitzanten — Warmius, Dr. Becker — übrigbleiben.

Aber wenn einer der Herren den Mund aufsperrt, spricht er im Namen des — deutschen Volkes!

Einen von ihrem Väterdugend Sigen hat die Reichspartei bei der gesagten Eiswahl für Buren wider gerettet. Im Wahlkreis Rosenberg-Böden wurde von Brünner (Rhein) mit 11 334 Stimmen gegen Gutsbesitzer Naslowski (Pole) 8146 Stimmen gewählt. Die Sozialdemokraten, die in diesem katholischen Wahlkreis nur 800 Wählern zählten, enthielten sich diesmal der Abstimmung.

Strafgesetz gegen Trust.

Die Nachricht, daß die sächsischen Gerichtebehörden — wie es heißt, auf Grund der Geheimbundparagraphen — gegen die dem amerikanischen Tabaktrust angehörigen Zigarettenfirmen mit Haftstrafen vorgegangen sind, ist geeignet, beträchtliches Misstrauen zu erzeugen, denn sie ist von bedeutendem, grundlegendem Interesse. Die Energie, die die Behörden in diesem Fall aufbringen, entspricht allerdings nicht sozialen, sondern nationalen Gründen; es wird nicht das Trustwesen an sich bekämpft, sondern das Amerikanertum im Trustwesen, gegen das die einheimische Tabakindustrie in eine lebhafte Bewegung eingetreten ist. Glaubt aber die Bevölkerung zu einem Einschreiten gegen einen Trust ausreichende gerechte Grundlagen zu haben, so bleiben diese Grundlagen auch bestehen, wo es sich nicht um ausländische, sondern um inländische Trustbildungen handelt. Daß die Entscheidung dieser juristischen Frage von großer grundlegendem Bedeutung ist, leuchtet ohne weiteres ein.

In Deutschland sind Versuche zur gesetzlichen Bekämpfung des Trustwesens noch nicht gemacht worden: wie der Tabaktrust selbst, so ist auch das behördliche Vorgehen gegen ihn amerikanisches Modell. Nach der amerikanischen Kartellgelehrte werden alle Verträge, die auf Einhaltung eines bestimmten Preisanstiegs hinweisen, als ungültig betrachtet. Wo eine den Absatz der Waren regelnde Verkaufsstelle besteht, kann eine beratige Kombination an die Strafbare „Conspiracy“ (Vertragsverein) schließen, die unter den Geheimbundparagraphen ungefähr entspricht. Die Erfahrung hat früher höchst gelehrt, daß gegenüber der notwendigen Entwicklung zur Kapitalconzentration jede Kartellgelehrte verfällt.

Eine andere Frage als die gesetzliche Unterbindung des Kartellwesens ist die Frage seiner behördlichen Überwachung. So zweifelnd man vom sozialistischen Standpunkt aus jedem Versuch, neue Gesetze gegen die Kartelle zu machen oder alle gegen sie anzuwenden, gegenüberstehen muß, so zweifellos erscheint von bestehenden Standpunkten aus das Recht der öffentlichen Gewalt, in das Gefüge der Träte und Kartelle den gründlichsten Einblick zu nehmen. Aber als Gewalt für die Bekämpfung des gesamten Wirtschaftslebens durch eine demokratisch organisierte öffentliche Gewalt einzutreten, muß auch die Förderung erheben, daß es vor der öffentlichen Gewalt keine Gehemhaltung wirtschaftlicher Verbindungen geben darf. Die

Ausbeutung einerseits der produzierenden Arbeitsträte andererseits der Konsumenten durch das Kapital kann durch kein Gesetz bestellt werden, so lange der Kapitalismus besteht; denn dieses System der Ausbeutung ist ja sein eigentliches Wesen. Die Organisation dieser Ausbeutung aber darf keine Geheimorganisation, keine gegen Produzenten und Konsumenten gleichzeitig gerichtete Verschwörung sein. Es soll mit offenen Karten gespielt werden.

In diesem Sinne ist es zu begrüßen, daß zum ersten Male in Deutschland mit der amtlichen Autorität in alle dunklen Ecken eines Trusts hineingeleuchtet werden soll, wenn es diesmal auch nur ein amerikanischer Trust ist!

Das hat uns grade noch gefehlt!

Um die Verstimming zu kennzeichnen, die der erste Preuentag angerichtet hat, seien die nachstehenden national liberalen Preßstimmen wiedergegeben. Die „Sächsische Neueste Nachrichten“ schreiben:

Das hat uns grade noch gefehlt! Um die Verstimming zu kennzeichnen, die der erste Preuentag angerichtet hat, seien die nachstehenden national liberalen Preßstimmen wiedergegeben. Die „Sächsische Neueste Nachrichten“ schreiben:

Das hat uns in diesen trüben Wochen und Monaten gerade noch gefehlt, daß ohne jeden Anlaß auch noch der alte Geist deutscher Kriegsricht, eines Particularismus geweckt wird, den man eigentlich überwunden dachte. Und die Zeiten sind doch wirklich danach, daß Männer, die heute die politische Schaubühne betreten, vorher ihre Worte abwägen und sie vorsichtig auf ihre Wirkung berechnen. Was soll es denn heißen, wenn ein Mann wie der Generalleutnant v. Brocken, der nach Herren v. Hohenlohe eine Rede für Breukens Heer hielt geringschätzt von „jener sehr gescheiten Gesellschaft spricht, die sich Deutscher Reichstag nennt?“ Was ist mit höchsten Grade ungeduldig ... Was wird mit solchen Lospostern gewonnen? Nur eine wirklich leicht zu vermeidende Vergrößerung der Misstrümmer. Die Einbrecher und die Redner des Preuentages haben dem echten Preuentum durch solche Kundgebung einen schlechten Dienst erweist. Und man fragt sich verzweifelt: Muß denn alles aufgehoben werden, um in diesen Zeiten, in diesen ungelehrten Tagen, von denen Paul de Lagarde einst sprach, durchaus alles in Scheide zu schlagen?

Der „Hannoversche Courier“ schreibt über die Ereignisse, die der erste Preuentag eingefangen hat:

Wenn eben der Herr General v. Brocken, der sich kämpfend bewußt hat, im hannoverschen Wahlkreis Verden-Hoya-Sülze zu den Ehren des Reichstagsabgeordneten zu gelangen — er fiel an vierter Stelle hinter ab — von „jener sehr demokratischen Gesellschaft, die sich Reichstag nennt“, sprach, oder wenn ein Major siegte, daß der 18. Januar 1911 und nicht der 18. Februar 1911 als nationaler Feiertag in den echten preußischen Kreisen genannt wird; oder wenn Herr Dr. Rosdorff vom Bunde der Landsleute mit Zielen um sich warf, daß die „Schwur vor dem Vaterlande dem Wahnbild einer anziehenden gelbgäulichen Menschheit weichen sollte“, oder wenn ein Superintendent ausrief: „Ich wollte es wäre Nacht oder die Preußen kämen“, oder wenn ein Generalleutnant von den Bayern sagte, daß ihnen erst die Courage in der Schlacht bei Orleans wiedergewonnen wäre als die Preußen erschienen — so sind das alles Entgleisungen, die wir nicht ohne weiteres aufs Parteilokal setzen wollen, die aber bezeichnend sind für den Geist, bei dem „Geist der Preuentum“ zu jüchten im Geist steht, oder besser gesagt: stand.

Das Beste an der ganzen Kracht-Geschichte ist aber, daß es garnicht die Preußen waren, die die Courage kriegen. Darüber schreibt nämlich Paul R. Krause im „Berliner Volks-Anzeiger“:

Die Episode aus der Schlacht von Orleans, auf welcher General Kracht in seiner Rede hingewiesen hat, habe ich in Schrift „Jugenddeutschland“ — Buch (Der Sturm auf Loigny) als Augenzeuge eingehend beschrieben. Das schon stark deprimierte 1. bayerische Korps wurde bei Chateau Goury von sehr überlegenen französischen Redten hart bedrängt, und erst gegen Mittag gelang es der 17. Division, durch einen Plantenlos den Panzer aufzuschließen. Diese Division bestand indessen fast ausschließlich aus Medlenburgern und Hauseaten. Sie aus preußischen Truppen bestehende 22. Division kämpfte 5 Kilometer weiter westlich bei Bourry gegen eine französische Armeekavallerie, die dort erst gegen Abend eingesetzt wurde. An dem Entscheidungskampf bei Loigny haben nur bayerische, bayerische und mecklenburgische Truppen teilgenommen, wie auch aus dem Generalstabswerk ersichtlich ist.

Herr v. Kracht wird also zur Entführung in den nächsten Tagen auch noch das Gefüge der Welt entfernen. Vorläufig allerdings rauscht noch. Der Vorsitzende des bayerischen Veteranen- und Kriegerkunbes „Allianz“ erläutert einenflammenden Protest, in dem er von „unverzeihlichen Schändungen“ der bayerischen Armee und von den Gefühlen der Empörung gegen solche unqualifizierte und jeden demokratischen Gespürbare Verunglimpfung spricht und erklärt, daß er im Namen der Milchener Veteranen- und Kriegervereine, denen Hunderte von Kriegsamerikaden des gleichmäßigen ersten Armeekorps angehören, spricht und im Namen des ganzen bayerischen Volkes und seiner Armee der Empörung Ausdruck giebt, daß ein preußischer Kommandeur gerade am Tage der Gründung des Deutschen Reichs einen Teil der bayerischen Armee in unerträglicher Weise zur Freude aller äußeren und inneren Feinde des Reiches und der Armee verhöhnen und im Gedächtnis folgt. Es geht dann weiter wörtlich:

Wir erachten das ganz Deutlich und vor dem ganzen Weltfeuerlich. Protegieren die unschuldige Kavallerie, die durch den Feind in einigen Minuten niedergestreckt wurde, für die Entfernung der

Geburtsstunde unserer Freiheit, aber es kann nicht anders sein. Einem Krieger, der in der Kavallerie stand, kann es nicht gelingen, die Freiheit zu verteidigen, wenn er nicht gegen die Freiheit gekämpft ist.

vermissen wird. Hoffentlich hält der Eindruck noch recht lange vor: das Bild jenes echten Preußen, das wir ehren und lieben sollen!!

Wo bleibt der Reichstag?

Es ist einigermaßen auffällig, dass der preußische Kriegsminister zwar den General v. Kracht wegen der ihm zur Last gelegten Verabsiedlung der bayerischen Armee zu einer Beurteilung veranlasst hat, dass man aber nichts von einem gleichen Vorgehen gegen den General Leutnant v. Brochtm hörte, der den Reichstag in herausfordernder Weise als „Totte“ und „gewissche Gesellschaft“ beschimpfte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ braucht anderthalb Spalten ihrer neuesten Nummer, um der bayerischen Armee, soweit dies nach Lage der Dinge möglich ist, Genugtuung zu geben, sie hat kein einziges Wort, um der Beschimpfung des Reichstags durch den Preußenbund entgegenzutreten. So macht sich der herrschende Geist des Militarismus auch in dieser Angelegenheit deutlich bemerkbar.

Die Armee wird geschlägt, auch wenn es sich bloß um Bayern handelt. Am Parlament darf sich jeder General die Mittelfäste abwischen, das geht den Kriegsminister, den Reichskanzler und die „Nordd. Allg. Zeitung“ nicht das allermindeste an.

Andere Meinung ist freilich die nationalliberale „Neuzzeitung“. Sie erinnert daran, dass im vorigen Jahre der Justizminister selbst die Genehmigung zur Strafverfolgung eines „Vorwärts“-Redakteurs vom Dreiklassenhaus nachholte und erhielt. Sie fragt jetzt, ob die preußische Regierung gegen den General v. Brochtm in ähnlicher Weise vorzugehen gedenke. Auf die Antwort darf man gespannt sein. Denn ganz gläubig ist, ob der Reichstag Lust hat, den schimpfenden General vor den Radt zu ziehen oder ob er vornecht ihn laufen zu lassen, ist der Staatsanwalt verpflichtet, die Genehmigung zur Strafverfolgung nachzuholen. Sozialdemokratische Redakteure sind vor dem Gesetz genau so viel und so wenig wie konservative Generäle, und der Reichstag ist durch das Gesetz ebenso gehängt wie die fragwürdige Volksvertretung des preußischen Dreiklassenstaates. Was tun? Die „objektivste Behörde der Welt“ ist durch die vorlaute Anfrage des nationalliberalen Staates in eine höchst peinliche Lage versetzt.

Der Waffengebrauch des Militärs.

Den Konservativen ist der freilinnige Antrag, durch den das Eingreifen des Militärs bei inneren Unruhen, sowie sein Recht zum Waffengebrauch rechtsgerichtlich geregelt werden sollen, höchst unsympathisch und die „Neuzzeitung“ schreibt entnödet:

Danach ist der Waffengebrauch unzulässig zur Abwehr von Belästigungen. (Der Antrag erlaubt ihn nur zur Abwehr eines Angriffs oder zur Ueberwältigung eines durch Täglichkeit oder gefährliche Erböhungen gefestigten Widerstandes.) In Bayern hätte also das Militär sich der Waffe erledigen dürfen, sobald der Staat von Belästigungen und Belästigungen zu Täglichkeiten gegen die Offiziere überging.

Man will also an dem Ausnahmerecht, nach dem den Offizieren eine Selbsthilfe verstattet ist, zu der der Zivilist nicht greifen darf, nicht gerüstet wissen. Aber man ist sich dessen doch bewusst, dass diese vormärzliche Auffassung kaum von der Mehrheit des deutschen Reichstages gelebt wird und so möchte die Militärpartei gar zu gern die Angelegenheit der Behandlung des Reichstags entziehen. Es liege auf der Hand, sagt die „Neuzzeitung“, dass die ganze Frage, da es sich um eine Angelegenheit des preußischen Heeres handle, vor dem preußischen Landtag gehöre. Sonst müsste die Neuregelung ja z. B. auch für Bayern platzgreifen, wovon doch gar keine Rede sei.

Wie befürchtet die Preußenbündler doch plötzlich für die bayerischen Rechtsvorschriften sind! Aber sie mögen sich beruhigen, denn erstens einmal würde ein Reichsgesetz, wie es die Freilinnen vorschlagen, seineswegs gegen die bayerischen Sonderrechte verstören, und selbst wenn das der Fall wäre, würde Bayern wohl um so weniger Bedenken tragen, dem

Beispiel des Reiches zu folgen, als es in Bayern ja überhaupt keine der preußischen Kabinettsordre von 1820 ähnliche Bestimmungen gibt.

Rom soll sprechen und zwar verbet!

Mit grotem Elfer organisierten jetzt die „Integralen“ im sterilen Lager neue Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften wegen der „auenthaltlichen bischöflichen Interpretation der Gewerkschaften-Kirche“, die Siegerwald im Kölner Gewerkschaftskongress darlegte. Die in Koblenz erscheinende „Stände-Ordnung“ meint in ihrer jüngsten Nummer, dass sie zunächst die Siegerwaldsche Neukirzung für „einen äußerst frechen Schwindel“ gehalten und von Tag zu Tag auf ein energisches Dementi seitens des Episkopats gewartet habe. Jetzt müsse unbedingt Rom sprechen:

„Es ist nöthig klar, dass die Interrelation, welche Siegerwald in Essen verhinderte, nicht von diesem frei erdichtet war sondern mit dem Bischof von Paderborn unter, wenn auch einerter Mithilfe des Herrn Kardinals Körb, vereinbart nicht so sehr vereinbart als vielmehr nach genehmigter Aussage „abgetroht“ wurde. Es ist ferner wahr, dass die christlichen Gewerkschaften nach wie vor es ablehnen, dem Papste und dem Episkopate Befehlshabe zu machen und sich den Weisungen der Einigkeit singulär quadam zu unterwerfen.

Die klare Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften macht nunmehr die klare Siedlung in Rom und des Episkopats zur unumgänglichen Notwendigkeit!

Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die Arbeitermilieus eine neue Rundgebung des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften durchsetzen.

Die Bayern eilen sich zur Wehr.

In der bayrischen Kammer sitzung vom Mittwoch waren die Ereignisse des Preuentages nochmals zur Sprache.

Abgeordneter Günther (liberal) sagte, dass der Kriegsminister eine Erklärung abgegeben habe, die den Wünschen des Hauses entspricht. Wenn Generalmajor von Kracht es in seinem Bericht nicht so gemeint habe, so müsse er sich doch gegen den Geist und das Milieu wenden, aus dem heraus die Neuerungen getragen sind. Es war nicht am Platze, das Preußen zu einem Gang unnatürliche Höhe zu heben. Die bayerische Volksvertretung müsse kontrollieren, um den Geist welche uns der Vortag bereuten will, die urch bayerisches und preußisches Blut erkämpft worden sind. (Lebhaftes Bravos von den Liberalen) — Kapp (liberal) erklärte, dass v. Kracht nicht die Gefühle kennen sei, die die Truppen damals zu einem begannen. — Beck (cons.) führte aus, die Kundgebung der Kammer erfolgte auf Grund unmahner Befürchtungen. Die verlogene bayerische Presse suchte auch hier das deutsche Volk gegenseitig aufzuteilen. Die preußischen Konservativen seien keine Partikularisten, sondern Föderalisten und blieben am Reichsstande, aber sie wollten keinen Einheitsstaat. (Lebhaftes Klatsche links) — Freiherr v. Freyberg (Bente) protestierte gleichfalls gegen die Volksvereinigung, trotzdem seien aber die Bayern bereit, sich die Freude am Deutschen Reich als Bundesstaat nicht verderben zu lassen. — v. Gottmann (Soz.) erklärte: Die Sozialisten schließen sich dem Kaiser nicht und ganz an und wiesen die Unverschämtheiten, die von Berlin ausgegangen seien, zurück.

Der konservative Abgeordnete Pfleiderer konstatierte, der Fraktionsvorsteigende Beck habe seine Aussführungen nur für seine Version gemacht. Im Namen eines Teiles seiner Fraktion möchte er erklären, dass sie mit den Ausführungen der übrigen Redner sich einverstanden erklärt.

Eckard, das Schredenkind.

Einer, der auf dem Preuentage nicht dabei war, obgleich er dahin gehörte, Herr von Oldenburg-Janachau meldet sich zum Wort. Er hat am letzten Dienstag in Thorn (sie östlicher, desto besser) eine Rede gehalten, in der er seinem Schmeiß darüber Ausdruck gab, nicht mehr im Reichstag zu sein. Er habe förmlich danach „gebubbelt“, dort sagen zu können, was er auf dem Herzen habe. Die Konservativen hätten das ja getan, aber nicht mit der Rücksichtslosigkeit, die nötig war. Wenn

noch jedesmal bei einer solchen Gelegenheit angeloßt und ihm wenigstens durch die größte Ehre gute Nacht geboten. Heute tut er es nicht. — „Ich bin zum Stillen müde!“ wiederholte er, als ob er die Verleugnung der häuslichen Sitten vor sich selbst entschuldigen wollte.

Aber, auf seinem Zimmer angelangt, dachte er nicht daran, zu Bett zu gehen. Es hätte ja auch nichts geholfen, so lange ihm das Blut durch die Adern jage, als ob es toll wäre“, sagte Ottomar, während er die mit Rollionorden bedeckte Uniform aufzog und von sich schlüpfte und Weste und Brille abnahm, und in das erste beste Kleidungsstück, das ihm in die Hand kam — seine Jagdjacke — hineinschlüpfte, und sich mit der Zigarette in das offene Fenster stellte. Die Nacht war empfindlich kühl, aber die Zölle tat ihm wohl; es sprang aus den schwarzen Wölfen, aber er achtete es nicht; und so stand er, in die schwarze Herbstnacht hineinflatternd und seine Zigarette dampfend — kleine Gedanken in seiner verklärten Seele wälzend — vor dem Schranken der Alten in seinen Schlafzimmern und dem Saal des Kindes in dem wärmenden Land der Wonne nicht weiß, was zweimal an seine Züge gepast war, zu am menschlich wie ein Verbrecher, als wüt eine Stimme röhrt unter seinem Oberkiefe. Es war August.

„Sie sitte am Entschuldigung. Herr Lieutenant! Ich habe schon ein paar Mal angeklopft.“

„Was wollen Sie?“

Der Herr General lädt den Herrn Lieutenant einzuführen, doch folglos zu ihm zu kommen.

„Zu mir kommt keiner.“

Sie sah die Zigarette des Sohns. Der Herr General stand noch in Uniform und sah auch nicht weiter frisch aus, wie ein Befehl.

„Was ein Kind war.“

Der Mann breite sich im Saar; Ein blödsinn wunderlich.

Herr Lieutenant — Ich glaube, Herr Lieutenant, der Herr General

„Herr General, wird Du den Mund aufstellen?“

„Sie kann einen Sohn näher und agte im Flüsterton:

„Sie glaubte, der Herr General habe einen bösen Brief befohlen, — es mochte wohl schon halb zufällig sein. Ich habe den Menschen nicht gekannt, der ihn getragen hat, und

wieviel vor ihm sonst noch weiter gekommen, und er wird ja

dem Sohn auch gleich wieder weggewunken sein. Aber ich werde

den Brief a dorn dem Herrn General selber bringen müssen,

da der Herr General wird ein ganz falsches Gefühl haben, als er den Brief liest.“

„Was einer Dame?“

„Sie glaubte trotz der aufrichtigen Sorge, die er für jüngste Tochter empfand, ein Sohn nicht unterhalten zu

die Eltern das Miller mit Dred bewerben, dann verlorenen sie, dass ihnen die Hosen stramm gezozen würden. Trommel und Krückstock seien die großen Kulturträger Preußens gewesen.

Dass aber das Bedauern des Januschauers, nicht mehr im Reichstag zu sein, von seinen Fraktionsgenossen nicht geteilt wird, das gab der offenkundige Junker in seiner frechen Weise zu, indem er erzählte, seine Freunde im Reichstag hätten immer eine wahre Todesangst ausgestanden, wenn er die Rednertribüne betrat. Mit diesem Stolz erzählte er auch, dass er bei einer seiner Reden schreibt, dass ein liberaler Abgeordneter zum andern sagte: „Der Herr spricht ja wie im Kuhstall.“ Das habe ihm viel Spaß bereitet.

Der arme Eckard mag in Thorn noch so viele Vergnügungen schaffen, er ist doch aus der Mode. Die großen Attraktionen von heute heißen Kraft und Wrochem.

Gegen den Gehärkreib.

Genosse Dr. Alfred Bernstein-Berlin sollte in diesen Tagen in Mülheim a. Rh. über die „kulturelle Bedeutung des Geburtstags“ reden. Die Mülheimer Polizeiverwaltung sandte ihm eine Verfügung, wonach ihm der Vortrag nur gestattet werden sollte, wenn dieser nicht „gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung“ verstoße. Vor allem sei „jeder Empfehlung empfandlich verhinder“ und das Thema dürfe lediglich als wissenschaftliches Problem behandelt werden. 15 Mark Geldstrafe wurden für den Nichterfüllungsfall dem Genossen Bernstein angedroht.

Das Dreiklassenhaus für Schulverpflichtung.

In der Beratung des Landwirtschaftssets am Mittwoch ergriff zu einem Zentrumsantrag auf Bekämpfung der Verpflichtung von Butter- und Döngemitteln unser Genosse Göse zum ersten Male das Wort, um als praktischer Landwirt die Verbilligung der staatlichen Kapitalprodukte zu fordern und die Wissstände im Unternehmenshandel an den Pranger zu stellen. Der Antrag wurde schlecht einstimmig angenommen. Den nächsten Tag der Sitzung füllte die Beratung eines konservativen Antrags aus, der die Regierung ersucht, den Gemeinden keine Schwierigkeiten zu machen, wenn sie den Religionenunterricht in den Lehrplänen der ländlichen Fortbildungsschulen aufzunehmen. Natürlich kennt das Gesetz Religionsunterricht in dieser Schule, und der Antrag streift also beruhigt eine Lücke in dem Gesetz an. In seinem Begründungsrede brachte es der Oberjunker v. Kappheim fertig, sich als den Anwalt der Freiheit der gemeinschaftlichen Selbstverwaltung aufzuspielen. Genosse Adolf Hoffmann unterließ nicht, dieses komische Bild festzuhalten; er widersprach natürlich aufs scharfste dem Antrag, der — wie der konservative v. Richthofen nachher gab — aus dem Vorfahren herbeigegangen ist, auch die Fortbildungsschule in den Dienst der Staatsaktion, d. h. jungerlich-pflichtlicher Geschäftsintressen zu stellen. Der Minister kam dem Antrag so weit entgegen, als es irgend ging, er verstand, dass die Regierung eine ergänzende zeitliche Unterweisung einführen werde. Herr Marx vom Zentrum leistete sich eine längst unbefriedigende Kritik gegen die konservativen Sozialdemokraten und wurde sogar gegen die Nationalliberalen so aufstacheln, dass ihn v. Kappheim in die Sämtchen zurückwarf. Der Antrag wurde natürlich angenommen — nur die beiden liberalen Parteien und die Sozialdemokraten stimmten dagegen. — Donnerstag Weiterberatung des Landwirtschaftssets.

Die Landtagssatzwahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Wir berichteten bereits, dass die Landtagssatzwahl in Schwarzburg-Rudolstadt zu ungünstige Sozialdemokraten ausgeschlagen ist und dass dadurch die sozialdemokratische Landesregierung bestellt wurde. Das Wahlkreis kann aber trotzdem unmöglich als ein besonderes hoch einzuholender Sieg der Bürgerlichen bewertet werden. Der Sieg ist vielmehr rein ländlich und es wurden in den dazu gehörigen acht Ortschaften bei der letzten Reichstagssatzwahl 612 bürgerliche gegen 579 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Kreis fiel uns bei der letzten Landtagswahl lediglich infolge der Kriegszeit in der Wirklichkeit zu. Der Rückgang unserer Stimmen um 70 erklärt sich aus dem Wagnis von Arbeitern, die die im Bezirk liegenden Gruben fast alle still liegen worden sind, sodass die noch im

„S. ne.“, sagte er, — „die sehen anders aus — das wird man ja mit der Zeit auch weggetragen haben: ein großmächtiger Brief.“

Diese verdammten Manichäer! murmelte Ottomar. — Er begriff den Zusammenhang nicht; der nächste Wechsel war erst in acht Tagen fällig; aber was auf der Welt kommt es anders sein? Der Vater würde ihm wieder eine allerlei Szenen machen — oh wohl Er würde sich dann einige Tage stillhalten, wenn denn doch schon einmal verlost sein würde, und wäre es auch nur, damit diese schändlichen Scherereien endlich einmal aufhören, vor denen man selbst in der Nacht auf seinem Zimmer keine Ruhe hätte und seine Zigarette nicht in Frieden rauchen könnte!

Er schleuderte die Zigarette aus dem Fenster; August hatte seine Uniform genommen und stellte die Rollionorden ab. — „Was soll denn das?“

„Wollen der Herr Lieutenant nicht doch lieber die Uniform anziehen?“ fragte August.

„Künftig!“ sagte Ottomar; „das sollte noch gerade, um ...“

Er brach ab; er konnte doch August nicht sagen: die langweilige Geschichte noch langweiliger und sickerlicher zu machen. — Ich habe dem Papa ganz einfach erzählt, dass ich Künftig mit begleichen nicht weiter zu beobachten denke und vorziehe, meine Angelegenheiten von Wallbach endgültig anzugehen zu lassen, ohne einmal an seine Züge gepasst zu sein, was ein Verbrecher, als wüt eine Stimme röhrt unter seinem Oberkiefe. Es war August.

„Sie können das Licht da auf den Tisch stellen und melden wegen zu Bett gehen und Friedlich sagen, dass er mich morgen um 6 Uhr wieden soll.“

Er hatte die Worte laut gesprochen, als nötig war, und dabei fiel ihm auf, dass seine Stimme seltsam steif klang — als ob es gar nicht seine eigene Stimme wäre. Es war gewiss nie, weil schon alles still im Hause war, ja still, doch er lebt wieder das Blut in seinen Schläfen rieseln und sein Herz schlagen hört.

Die befreiten Manichäer! murmelte er noch einmal durch die Zähne, als er an die Tür pochte.

Der Vater stand an seinem Arbeitsstuhl, über dem die Sonnenuhr brachte. Auch auf der Konsole lag dem Spiegel braune die Lampen noch, es war unheimlich hell in dem Zimmer, und unheimlich aufgeregkt, obgleich es heute genau so war, wie es Ottomar glaubte, so lang er denken konnte. Er hätte am Ende doch die Uniform anziehen sollen.

(Fortsetzung folgt.)

Bis 8 Uhr abends Ausschuswahl im Schießwerder!

Eile, wer als Mitglied der Allgemeinen Orts-Krankenkasse noch nicht gewählt hat und wähle die Liste 1 der freien Gewerkschaften!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Januar.

Der dritte Wahltag.

Langsam und ruhig wütete sich am Mittwoch das Wahlgeschäft bis in die fünfte Nachmittagsstunde ab. Man merkte den Bonnern an, daß sie nichts mehr erobern können. Als die Wähler nach Feierabend in dichteren Scharen ankamen, war ihre Mühe dahin; wie auf einem Jahrmarkt wurde die Liste III aus Leibeskräften angepreist. Die aber wählen kamen, waren keine irregeleiteten Dienstümächen, das waren Leute, die unbekümmert um die spalterbildenden Zettelverteiler, ihren Weg nahmen zur Wahlurne.

Es sind am dritten Tage 1182 Stimmen abgegeben worden. Es ist kein gutes Ergebnis. Über man bedenke, daß annähernd 1000 Bauarbeiter und Blumenerer um ihr Wahlrecht gekommen sind, weil sie als führende Klassensouveräne nicht in die Allgemeine Ortskassenkasse aufgenommen wurden. Sie sollen sich vorher ärztlich untersuchen lassen. Dafür haben jedoch arbeitslose Leute kein Geld.

Hoffen wir, daß der letzte Tag die Scharfe ausweicht. Es haben Tausende noch nicht gewählt. Wer nicht haben will, daß der Ausschluß ganz und gar den christlichen Arbeitersindikanten ausgeschließt, der gehe zur Wahl in den Schießwerder.

Stark nach unten, schwach nach oben!

Den „sozialdemokratischen“ Kassenvorständen gegenüber, da versteht es die Herren Ärzte vom Leipziger Verbande ausgezeichnet, gehörig aufzutumpfen und auf ihren unbilligen Forderungen zu bestehen; aber wenn sie mit den staatlichen Kassen verhandeln, da werden sie sich so klein und weichen kapfer zurück. Das beweisen die Verhandlungen, die von der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft mit den Ärzten über die bahn- und bahnhofsnärztlischen Verträge geführt worden sind. Aus dem Protokoll darüber, das erst jetzt im „Ärztlischen Vereinsblatt“ mitgeteilt wird, erfährt man äußerst lehrreiche Einzelheiten über das Verhalten der sonst so mutigen Verbandsärzte.

„Die Vertreter der Berufsgesellschaft äußerten weiter“, heißt es im Protokoll, „den Wunsch, den Familienangehörigen freie Arztwahl zugestehen“. Was darauf folgte? Nur, man lese:

Ministerialdirektor Hoff und Geheimrat Wagner wiesen darauf hin, daß die Einführung der freien Arztwahl für die Familienmitglieder der Beamten in vielen Fällen dazu führen würde, daß der Beamte und seine Angehörigen von verschiedenen Ärzten behandelt würden, was nicht angängig sei. Freie Arztwahl könne für die Familienangehörigen der Beamten nicht eingeführt werden. Würden die Ärzte dennoch auf diesem Verlangen bestehen, so würde die ärztliche Versorgung der Familien durch von der Eisenbahnverwaltung angestellte Bahnärzte geradezu in Frage gestellt werden.“

Die Vertreter der Berufsgesellschaft ließen darauf die Anregung fallen.

Auso die Herren Ärzte lassen die „Anregung“, d. h. die freie Arztwahl, fallen. Sonst ist die freie Arztwahl für die Ärzte eine Lebensfrage und alles wird in Bewegung gesetzt, um sie bei den gewöhnlichen Krankenkassen durchzudringen. Hier aber, bei der königlichen Eisenbahn, sprachen ein Ministerialdirektor und ein Geheimrat und die „Anregung“ ist sofort wie ausgelöscht! Doch es kommt noch besser.

Zu den Bahnhofskassenarzt-Verträgen äußerten die Ärzte ebenfalls den Wunsch, „daß der Einführung der freien Arztwahl da, wo sie nach Erörterungen zwischen der ärztlichen Standesvertretung (Ärztekammer) und dem Kassenvorstande für angängig und zweckmäßig erachtet würde, keine Schwierigkeiten gemacht werden möchten. Es werde gewünscht, daß jeder Arzt, der den Bahnhofskassenarztvertrag annehmen wolle, zur Bahnhofskassenpraxis zugelassen werden solle, wenn gegen seine Person keine Bedenken vorliegen“. Die Antwort der Eisenbahn? Sie lautet nach dem Protokoll:

Ministerialdirektor Hoff erklärte folgendes: Das bisherige Kassenarztsystem habe sich bewährt und sei auch für die Zukunft als das geeignete anzusehen. Es sollte die beschrankte freie Arztwahl gemäß den Vorschriften der R.-V.-O. weiter ausgebaut werden, was im allgemeinen als außerordentlich betrachtet werden müsse. Ob in einzelnen Fällen darüber hinaus zur unbedenklichen freien Arztwahl übergegangen werden könne, müsse von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden. Unter allen Umständen möchte aber daran festgehalten werden müssen, daß Verträge mit dem einzelnen Arzt, und nicht bloß Kollektivverträge mit einer ärztlichen Vereinigung abgeschlossen werden. Bei der Annahme der Ärzte müsse auch geprüft werden, ob nicht die Angehörigkeit zu einer ordnungsmäßlichen Barthei ihrer Anstellung entgegenstehe, und in seinem Falle dürfen die Verträge den Ärzten Verpflichtungen wegen der Angehörigkeit zu einer bestimmten Organisation oder Vereinigung auferlegen, die mit der Bahnhofskassenpraxis in keinem Zusammenhang ständen.

Die Gütekämmlen müßten wie die Beamten von der freien Arztwahl grundätzlich ausgeschlossen werden.

Auso freie Arztwahl gibt es nicht bei den Bahnen, und die Ärzte geben sich damit zufrieden; sie wagen es garnicht, hagegen aufzutreten. O wie beschlieben können die Herren sein, wenn vor ihnen Ministerialdirektoren und Geheimräte sitzen. Da hört man nichts von dringenden Forderungen, nichts vom unvermeidlichen Kampfe um die eigene Arbeit und sein Wohlbehagen.

Ja noch mehr. Man läßt sich terrorisieren, läßt sich Vorschriften machen über seine politische Gesinnung und Standesorganisation.

Wo bleiben da die großen Kämpfer der Arztekunst, die Magen, Ramm und Schiller und wie sie sonst alle heißen? Stehen die Herren in den Amtsstuben der königlichen Eisenbahn, dann tragen sie nur Anregungen und Wünsche vor, führen sie mit den „sozialdemokratischen“ Kassenvertretern zusammen, dann halten sie unentwegt an ihren „gerechten wohlgegründeten“ Forderungen fest. Ach ja, sie können auch anders: Start nach unten, schwach nach oben!

„Volkswoche“-Agitation in der Streicher Vorstadt.

Vom Lokal Lehmgrubenstraße 68 aus wird Sonntag eine Agitation für die „Volkswoche“ veranstaltet. Sie beginnt vormittags um 8 Uhr, doch erhalten auch die später kommenden genügend Arbeit.

Weg mit den Zöllen auf Nahrungsmittel!

Gegen den erhöhten Zollzucker, wie er von den Agrarern gefordert wird, hat sich die Liegnitzer Handelskammer erklärt, indem sie in ihrer letzten Sitzung folgende Entschließung fasste:

In Produzentenkreisen steht das Bestreben, hervor, daß beim Abschluß neuer Handelsverträge die bestehenden Höhe für Straub, Blumenhof, Gurken und Kartoffel in sehr erheblich erhöht und für alle anderen Gemüsearten hohe Einfuhrzölle festgesetzt werden. Die Handelskammer vertritt den Standpunkt, daß es nicht im Interesse der Volkswohlfahrt liegt, Zölle auf notwendige Nahrungsmittel einzuführen, um zu erhöhen und sie wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß eine Erhöhung der bestehenden Zölle dieser Art nicht statuisse, neue Zölle für Gemüse nicht eingeführt werden. Sie will vielleicht dahin zu wirken suchen, daß um den Absatz gängigere Wege zu eröffnen, die Auslandszölle für Gemüse sowohl als irgend möglich fallen gelassen werden, damit die für den Verkehr zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel bestehenden Hindernisse Beseitigung finden“.

Die Liegnitzer Handelskammer gilt allgemein als national liberal. Ob nun die Nationalliberalen im Bund die Stimme ihrer Liegnitzer Parteifreunde brauchen werden?

Der Revolverdurchzug zur Nachtzeit.

Der Wächter Alfred M. feierte in der Nacht zum 17. November 1913 in der Leipziger Straße einen Revolverdurchzug, durch den ein Schuhmann aufmerksam wurde. Dieser forderte den Schuhmann auf, mit auf die Wache in der Fürstenstraße zu kommen. Dazu wollte sich der Wächter aber nicht entschließen; er versuchte sich der Hand des Beamten, der ihn angegriffen hatte, zu entwinden. Dabei soll der Mann gewußt haben: „Wenn Sie mich nicht loslassen, schieße ich Sie über den Haufen“. Auf der Wache konnte der Wächter einen Waffenschein vorzeigen und erklärte, zwei Männer verfolgt zu haben, die er durch den Schuh scheiden wollte. Jetzt stand der Wächter vor dem Breslauer Schöffengericht. Die Anklage legte ihm außer der Verletzung des unbefugten Schuhens in der Nähe von bewohnten Gebäuden noch Widerstand gegen die Staatsgewalt und „versuchte Widerstand zur Unterlassung einer Unrechtsaktion“, zur Last. Auf Beamtenbefreiung steht nach dem Gesetz Gefängnisstrafe von mindestens 3 Monaten, wenn mildende Umstände verlegt werden. Well der Angeklagte schon wegen Körperverletzung vorbestraft ist, glaubte das Gericht, ihm mildende Umstände vergegen zu müssen. Wegen des Widigstandes wurden 2 Wochen Gefängnis, für das unbefugte Schießen 2 Wochen Haft festgesetzt. Im ganzen erkannte das Gericht auf eine viermonatliche Freiheitsstrafe. Ohne die geschuldeten Nebenstrände, wäre der harmlose Schuh vielleicht mit einigen Mark Geldstrafe bestraft worden.

Ein unehrlicher Lohnschlächter.

Unehrliche Fleischergesellen und Schlächter haben sich fortwährend vor den Breslauer Gerichten zu verantworten. Nochmals auf dem Breslauer Schlachthofe wird unheimlich viel zusammengeholt. Am Freitag war es der Lohnschlächter Franz Baumgärtel, der wegen Betrug und Unterschlagung in der Anklagebank des Schöffengerichts Platz nehmen mußte. L. schlachtete im Jahre 1910 für den Fleischermeister Stiller einige Kalber. Er behielt sich davor eigentlich einige Zelle, Eingeschweidete und Kälberfleife. Im Mai 1913 wandte sich L. an den Fleischermeister Stiller und bat ihn, er möge ihm doch mit einem Kalbsfell aus der Verlegenheit helfen, da er beim Schlachten eines Kalbes dessen Fell verleihenlich durchstochen und dadurch entwertet habe. Meister Stiller willigte dieser Bitte und überließ dem Angestellten ein tadelloses Fell im Werte von 10,50 Mark. Trotz wiederholter Mahnungen ließ L. nichts von sich hören und zeigte sich durchaus nicht geneigt, den Wert des Felles zu begleichen. Der Meister fragte, aber ohne Erfolg, denn die Befindung verließ fruchtlos. Zu seinem Schaden murierte der Kläger auch noch die Kosten der Klage und fruchtlosen Pfändung übernahm. Jetzt stellte er wegen Vertrages gegen den Schlächter Strafantrag.

Der Amtsgerichtspräsident sprach den Verdacht aus, daß der Angeklagte mit unrechtmäßig erworbenen Fleischstücken wahrscheinlich einen kleinen Zwischenhandel betreibe; er beantragte eine Gefängnisstrafe von sieben Tagen. Der Gerichtshof sah noch einmal davon ab, den Angeklagten ins Gefängnis zu schicken, weil er wegen Diebstahls bisher noch nicht bestraft worden ist. Das Urteil lautete auf 15 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis.

Der Vorsitzende bemerkte n. a. bei Begründung des Urteils, es sei die höchste Zeit, den diebischen Fleischergesellen von Gerichts wegen gedroht auf die Finger zu klopfen, damit die vielen Schlachthofdiebstähle endlich vertilgt werden.

* Nachtrag. Der Polizeipräsident fordert die Gewerbetreibenden des 16. Polizeidistrikts auf, sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Ländchenmäße, Flüssigkeitsmäße, Maßwerkzeuge für Petroleum und dergl. Dokumente, Gewichte und Wagen dem Königl. Gleichm. Vorvermessungsamt 10, werktäglich von 8 Uhr bis 12 Uhr nachmittags abzugeben und legt die Zeit, in der die einzelnen Straßen und Straßenteile des Distrikts fest.

* Weniger Lehrlinge im Barbiergewerbe. Beim Neujahrsumzug gab es eine längere Blusstrache über das Lehrlingswesen. Das Ausbildung vieler Lehrlinge wurde als ungünstig bezeichnet. Das Halten von männlichen wie weiblichen Lehrlingen müßte geregelt werden im Verhältnis zur Zahl der Gesellen. Die Bekanntmachung beansprucht den Vorstand, diese Frage nächst zu behandeln und vielleicht einen entsprechenden Antrag an die Handwerkskammer vorzubereiten, über den beim nächsten Quartal abzustimmen wäre. Die freigewordenen Gesellen fordern schon seit Jahren eine Regelung des Lehrlingsmusters; jetzt endlich leben auch die Meister selbst ein, daß es so nicht weiter geht.

* Der Märchenabend für Kinder des Distrikts 8a am Dienstag war sehr gut besucht; etwa 800 Kinder und mehr als 100 Erwachsene waren erschienen, um sich an den schönen alten Märchen zu erfreuen. Genoß Schramm und seine Frau verstanden es ausgezeichnet, den Kleinen und Großen das Wunderland der Märchen vorzuführen. Die zahlreichen Uichbilder über Rotsäppchen, die Bremer Stadtmusikanten, Dornröschchen usw. trugen vollends dazu bei, alle Herzen zu entzücken. Alles war hoch befreudigt und wünschte, recht bald wieder einen Märchenabend zu besuchen. Die Distriktsleitung wird sich bemühen, den Wunsch nach einem zweiten Märchenabend zu erfüllen.

* Gesundheitsbericht. In der Woche vom 4. bis 10. Januar sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 69 Chen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 203 Kinder geboren; davon waren 214 männlich, 55 weiblich, 255 lebendgeboren (129 m., 129 w.), 14 totgeboren (8 m., 8 w.). Mit den 9 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 207 Sterbefälle (98 m., 114 w., darunter 17 Driftstremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Geborenen waren 55 unter 1 Jahr alt (48 männlich und 17 weiblich geboren). An Todesursachen kamen vor: Scharakose 3, Diphterie 1, Reuchutten 2, Tuberkulose 28, Krankheiten der Atmungsorgane 29, Magen- und Darmkatarrh, Krebsfall 12, Selbstmord 2, Unglücksfälle 3, und alle übrigen Todesursachen 127. An übertragbaren Krankheiten wurden politisch gemeldet: Diphterie 22, Scharakose 14. In den heiligen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 2948; es kamen hinzug 1021, es starben 57, es gingen ab 741, so daß am Ende der Woche 3191 im Bestand verblieben.

* Die Ortskassenkasse der Mechaniker usw. sollte am 26. Januar ihren Ausschuß wählen. Es ist aber, wie der Vorstand mitteilt, nur je ein Wahlvorschlag für die Arbeitgeber und Kassenmitglieder eingegangen, weshalb laut Wahlordnung die Vorschlagenen ohne weiteres als gewählt gelten.

* Das Bankgeschäft von Max Hilf, Gartenstraße 64/66 ff., wie gewöhnlich wird, in Konkurs geraten; es war schon seit November 1913 in Zahlungsschwierigkeiten. Als Konkursverwalter ist der Kaufmann Julius Baer bestellt worden. Die Anmeldefrist für Forderungen läuft bis zum 20. März; die erste Gläubigerversammlung ist am 17. Februar und der Prüfungstermin am 18. April. Die Schulden werden auf 175 000 Mark angegeben. Das Vermögen, von dem etwa 1/3 als unbefriedbar anzusehen sein dürfte, wird auf 80 000 Mark geschätzt. Das Bankgeschäft ist im Jahre 1908 gegründet worden, hat also nur etwa 5 Jahre bestanden.

* Gesperrter Fußweg. Wegen Umbaues der Eisenbahnbrücke über den alten Oberschiffahrtakanal auf der Eisenbahnstrecke Breslau-Hindorf wird der im Fuge des Hafeldiweges unter der Eisenbahnbrücke hindurch führende Fußweg bis 15. Juli 1914 gesperrt.

* 500 Mark Geldstrafe verhängte die erste Breslauer Kassenkammer über den Kaufmann Felix Goldstein. Der Angeklagte betraute im Mai 1912 einen Vermittler damit, ihm eine Darlehnssumme von 5000 Mark zu besorgen. Als Sicherheit wollte er mit Alten von 820 000 Mark dienen, die bei einer hiesigen Bank verplandet und von dieser mit 75 Prozent belohnt seien. Das war richtig, aber er verzichtete beim Darlehnsgeber, daß er über die restlichen 25 Prozent kein Verpflichtungsrecht mehr hätte. Es lag darin die Unterdrückung einer wahren Lassache zur Langsamung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe.

* Zusammenfassung mit der Elektrizität. Auf der Kaiser-Wilhelmstraße stieß am Dienstag ein Götzenreitwagen, der zwei Kinderwagen überholen wollte, mit einem Straßenbahnbürgen zusammen. Um Götzenreitwagen wurde eine Scheibe zertrümmert, der Straßenbahnbürgen unbedeutend beschädigt.

* Gestohlen wurde am Dienstag von einem Kofferauto am Borsplatz der Güterbahnhofs Breslau-West eine wohne Pferdebedecke, die an den Ecken mit G. Krauer 10 gezeichnet ist.

* Auf dem Postamt beschädigt. In der Verlehrshalle bei hiesigen Hauptbahnhofes ist einem Landschaftsgärtner, während er dort eine Postkarte schrieb, aus der äußeren Lieberfelderstraße ein Geldbeutel mit 12 Mark gestohlen worden.

* Beschlagnahmte wurden drei Obsilber, von denen je eines S. bzw. G. gezeichnet ist. Das Obs ist einer Postkofferhändler auf der Waterloostraße zum Kauf angeboten; es ist zweifellos gestohlen worden. Die Eigentümer werden erachtet, sich im Zimmer 57 des Polizeipräsidiums zu melden.

* Bund der Versicherungs-Berater. Der Bund der Versicherungs-Berater Deutschlands wird seinen diesjährigen Kongress am 25. und 26. Mai in Breslau abhalten. Die Verhandlungen werden im Stadtverordneten-Sitzungssaal abgehalten.

Vereine und Versammlungen.

* Gottesdienste der Freien Religionsgemeinde. Sonnabend den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, begibt die hiesige Freie Religionsgemeinde in den schönen Räumen des Gewerbeschauhauses Margaretenstraße 17 die Feier ihres 69-jährigen Bestehens. Auf dem Programm, das außer der Festrede von Herrn Prediger Eichler, Gesangsvorführungen von Mitgliedern des Singergesanges „Bildungsverein“ enthält, haben wie den Schriftsteller Papa vermietet „Wohnung“ besonders hervor. Die Feierlichkeit hat Herr Wilde aus übernommen und wird heiter und ernst, teils auch eigene Dichtungen vorgetragen. (Siehe die heutige Anzeige.)

Und Breslau (Land)-Rennsport.

* Rennsport. Die am 22. Januar stattfindende Rennsportliste ist abgeschrieben. Sie kann in Alt-Strehlow bei Herrn Götz und in Kolonie Strehlow bei Herrn Weiß von Strehlow ab eingesehen werden. Die Rennen werden nicht eingezettet, haben sich auf die Leichtathletik und Sport- und Turnen, Geburtstag und Standesfeier zu beziehen, damit ihre Durchführung in die Zeit einfallen kann.

Schlesien und Böhmen.

Ölitz, 22. Januar. Kommunals. In den ersten Stadtverordneten-Sitzung im neuen Jahre wurden zunächst die neu- und wiedergewählten Stadtverordneten der 1. und 2. Abteilung durch Bürgermeister Hahn einberufen. In den Vorstand wurden gewählt: Vorstabsvereinsdirektor Panka als Vorsteher, Kaufmann Koblick als Stellvertreter, Baumschulenbesitzer Paesler als Schriftführer und Brauerelbstäler Honemann zum Stellvertreter. Die Sitzungssitz wurde wie folgt festgelegt: 9. und 28. Februar, 9. und 30. März, 4. Mai, 8. Juni, 6. Juli, 17. August, 14. September, 5. Oktober, 9. November, 7. Dezember. Der Vorsteher verlas hierauf die Klageschrift unserer Genossen gegen den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung wegen der Ungültigkeitserklärung des Wahlergebnisses der 2. Abteilung. Zu unbesoldeten Stadträten wurden Gutsherrlicher E. Müller und Schulte Nügel gewählt. Bewilligt wurden die Reparaturkosten für die Stöberbachbrücke im Betrage von 233 Mark. Die Kosten für die Wandoberhauchungsschule in Höhe von 105 Mark wurden ebenfalls genehmigt. Dem Haubetäler R. Strecke wurde die Ehrenglocke von 87,50 Mark erlassen. Beschlusse wurde, dem Stellenbesitzer Kutschmer in Gedächtnis eine an sein Grundstück angelaufene Barge zu überlassen und zwar zum Preise von 1250 Mark pro Morgen.

— **Neues Verkehrsmittel.** Hier wird die Einrichtung einer Automobil-Omnibusverbindung zwischen Ölitz und Böhmisch geplant. Offiziell geht es diesem Unternehmen nicht so wie dem der Stadt Brieg. Dort führt nämlich der Automobil-Omnibus meistens leer.

— **Eigenartige Verkehrsstraße.** Am Sonntagabend traf der hier um 7,10 Minuten fällige Verlonenzug von Breslau kommend, mit 19 Minuten Verzögerung ein. Dieselbe wurde verursacht wegen Mangel an Dampf infolge schlechter Kohle? Der Zug blieb zwischen Leisnitz und Ölitz auf freier Strecke stehen.

Göhrau (Kr. Brieg), 22. Januar. Blutiges Liebesdrama. In unserer Nachbargemeinde Choszczalich, Kreis Oppeln, bat sich ein blutiges Liebesdrama ereignet. Am vergangenen Sonnabend begegnete auf der Dorfstraße in Choszczalich der Weißerstochter Pauline Stoddal ihrem früheren Geliebten Chojnys, der der St. die am Mittwoch Hochzeit haben sollte, etwas missen wollte. Diese eilte jedoch nach dem Wohnhaus. C. eilte ihr nach und feuerte zwei Schüsse auf sie ab, ohne sie erblich zu verletzen. Die St. brach vor Schreck zusammen. C. glaubt, sie tödlich verletzt zu haben, fuhr nach seiner Wohnung und verschloß sich selbst. Er verlor die Tat aus Vergewissung darüber, daß die St. am Mittwoch Hochzeit haben sollte.

Breslau. Von der gesicherten Existenz. Die hiesige Aktiengesellschaft für Uhren-Industrie hat die Arbeitszeit für Tischler auf 8½ Stunden täglich herabgesetzt, trotzdem in letzter Zeit schon vielfach Arbeitseinschränkungen erfolgten. Das sind die "Segnungen" der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Langenbielau, 22. Januar. Arbeiterrisiko. Ein Betriebsunfall ereignete sich bei der Firma Christian Dietrich. Der dort beschäftigte Mangelarbeiter Bartel geriet mit dem rechten Arm in den Kalander, sodass ihm die Hand völlig zerquetscht wurde.

Reichenbach, 22. Januar. Fabrikfeuer. Ein Schaden von mehreren hundert Mark ist durch in Brand geratene Abfallwolle in der Sonntag Nacht in der Roth'schen Fabrik entstanden. Das vom Fabrikwächter glücklicherweise frühzeitig bemerkte Feuer wurde durch Fabrik- und Feuerwehrleute gelöscht.

Kauditz, 22. Januar. Abgebrannte Festigung. Am Dienstag Abend wurde die Festigung des Stellenbesitzers Albert Kübler vollständig ein Raub der Flammen. Wohnhaus, Scheuer und Stallung waren in einem Gebäude vereinigt. Es wird böswillige Brandstiftung angenommen.

Kandau, 22. Januar. Im Schneestocken geblieben und erfroren. Ein Menschenleben forderte der hohe Schnee in der Nähe von Karpenstein. Dort blieb der Glasschleifer Steck aus Seitenberg auf freiem Felde im Schneestocken. Am nächsten Morgen erst wurde er erfroren aufgefunden.

Neumarkt, 21. Januar. Tot aufgefunden wurde in seiner Wohnung der Uhrmacher Paul Egner von hier. Am Montag Abend nach Geschäftsschluss hörte der Hauswirt, Herr Eisenwarenhändler Jäkel, aus der Wohnung des Egner Schmerzensscheicke, welche sich mehrere Male wiederholten. Unfall ähnlich, wobei er eindringen, hand aber Tür und Fenster verschlossen. Der sofort herbeigeholte Schlosser öffnete die Tür und beim Eintreten in die Wohnung fand man Egner entkleidet im Bett liegend und tot vor. Es kam mit Bestimmtheit angenommen werden, daß er sich infolge schlechten Geschäftsangesorgs Sorgen mache und durch Verzustum Selbstmord beging. Egner war unverheiratet und in weiten Kreisen als stets bescheidener und jederzeit hilfsbereiter Mensch bekannt.

Ein recht trauriges Bild bot sich am Dienstag beim Fortlaufen der Leiche des Egner. Es erschien hier die Gemeindearbeiter mit der Radbeladenen Tragertafare worin nur Strafentbot und Unrat abgefahrene wird. In dieser Karre wurde die Leiche mit notdürftiger Bedeckung von Säcken über den Ring nach dem alten Krankenhaus gebracht. Da bei diesem Vorgange gefallene Aeußerungen wollen wir hier nicht anführen. Zu bemerken ist noch, daß Egner schon seit sehr langer Zeit "Bürger" der Stadt Neumarkt ist.

Das Wahlergebnis der Kreis-Krankenklasse, welche am 3. d. Mrs. stattfand, ist folgendes: Die Liste I erhielt 25 Stimmen, die Liste II 92 Stimmen. Somit fallen auf List I 4 Vertreter und 8 Stellvertreter, auf List II 16 Vertreter und 32 Stellvertreter. Dies allen Genossen des Neumarkter Kreises zur Kenntnis.

Eichelen, 21. Januar. Polizeiliche Schließung einer Rödelbahn. Als eine lebensgefährliche Rödelbahn erwies sich die Abfahrt vom Marienberg. Der Sohn des Bildhauers Wirk schleppte hier mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß er schwer verletzt vom Platz getragen werden musste. Die Tochter der Witwe Pefzschke erlitt an derselben Stelle einen Einbruch und blutige Wunden am Kopf. Auch ein Dienstherreß des Fleischermeisters Kästner trug erhebliche Kopfverletzungen davon. Zwei weitere Mädchen wurden leicht verletzt. Die Polizei hat die Rödelbahn gesperrt.

Striegau, 22. Januar. Die Spirituskanne. Das vierjährige Mädchen des Großnichtes Großmann in Beudoxi nahm in einem unbeschobten Moment die Spirituskanne in die Hand und goss deren Inhalt in den noch brennenden Kocher. Die Kanne explodierte und die brennende Flüssigkeit ergoss sich über die Kleine. Einer Feuerläuse gleichend rannte das Kind in den Hof wo von anderen Personen die Flammen erstickt wurden. Es hatte jedoch bereits derartig schwere Verbrennungen davon, daß es bedenklich darunter liegt.

Briegau, 22. Januar. In den Tod gefahren. Zwei Mädchen im Alter von 8 und 9 Jahren, die mit einem Modellschlitten einen Abhang hinabfuhren, schossen über das Ziel hinaus und gerieten in die Rödelbahn. Das Eis gab nach und beide Mädchen kamen unter die Eisdecke. Das ältere der beiden Kinder konnte gerettet werden, während das jüngere ertrank.

Görlitz, 22. Januar. Krieg im Frieden. Der Drucker Pössner starb bei einer Reibung und wurde so

Neukastell 20. Januar. Die Städtegrenze. Bei den Stadtverordnetenwahl im Oktober vorigen Jahres hatte der Rentzum-Mahlbauerverein einerseits, der Gauhüterverein und der Haus- und Grundbesitzerverein andererseits das Kriegsgebiet vergraben und in der 3. und 2. Abteilung gemeinsam Kandidaten aufgestellt. In der 3. Abteilung waren es die Sozialdemokraten und in der 2. Abteilung die sich bemerkbar machende Überallianz, denen durch dieses gemeinsame Vorzeichen der Boden entzogen werden sollte. Bei der Wahl der 3. Abteilung liegten die Kandidaten des Dreibundes, wie man sich stolz nennt, über die Genossen. Das war von vornherein nichts Überraschendes, da der größte Teil der hiesigen Arbeiter blindlings den Schwarzen als Stimmwicht dient. In der zweiten Abteilung unterlag dagegen bei der Wahl der Kandidat des Dreibundes, Justizrat Helm, dem Kandidaten des vorher nicht ernst genommenen bürgerlichen Wahlkomitees. Diese Wahl wurde vom Zentrum wegen Formfehlern angefochten und auch für ungültig erklärt. Inzwischen hatte eine Opposition im Gauhüterverein, die nicht ganz mit dem Schwimmen im schwarzen Fahrwasser einverstanden war, die Oberhand gewonnen und drückte es durch, es den Wählern freizustellen, auch für die Kandidaten des bürgerlichen Wahlkomitees zu entscheiden. Die schwarzen Herrschaften lehnten nun den Freudenengel heraus und bissen in den sauren Apfel, heimlich trocken auf einen Sieg hoffend. Die nun für Montag angesetzte Neuwahl in der 2. Abteilung hat aber bewiesen, daß die vorgenommene Belebung der 2. Abteilung mit nur Männern, die stark ins schwarze Parteihorn taten, doch nicht so glatt geht, wie es die Schwinger des schwarzen Wahlkomitees gedacht sind. Es siegten wiederum die Kandidaten des bürgerlichen Wahlkomitees über die Kandidaten des Dreibundes. Die hochländenden Phrasen, mit denen man die Dreibundgründung bestiegelte, sind den nüchternen Tatsachen gewichen, und es steht fest, daß die Bauausgangsgemeinden Herrschaften einen bösen Streich gespielt hat. Möchten sich die Wähler der 2. Abteilung in Zukunft an den Vorgängen bei der Wahl der 3. Abteilung ein Beispiel nehmen und nicht nur blindlings das Stimmrecht sein, sondern auch selbständig denken und fühlen.

Badische Zeitung, 22. Januar. Gefahren der Arbeit. Der Maschinenwärt Paul Hattwig war auf der Möller Weizenblaudgrube mit dem Puzen der Maschine beschäftigt, als ein anderer Wärter die Maschine wieder in Gang brachte. Hattwig wurde durch die Kurbel zu Boden geschlagen, wobei ihm sämtliche Rippen der rechten Seite eingedrückt wurden, sodass der Tod bald eintrat. — Auf derselben Grube wurde der Häuer Josef Rosenberg aus Rungendorf durch herabfallendes Gestein verschüttet. Dabei erlitt er an Brust und Rücken so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Überführung ins Knappelsackslazaret verstorb.

Bromberg, 22. Januar. Eine bittere Bille. Die Strafammer verurteilte den Hilfsgelehrten und Hilfsvolkungsbeamten Karl Rosentreter, zurzeit hier inhaft, wegen Amtsunterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Angeklagte war beim dienstlichen Magistrat beschäftigt und hatte in der Zeit vom 14. Juni bis 4. November 1918 insgesamt 1400 Mark unterschlagen. Das Gericht ist zu dem milden Urteil gekommen, weil beim Magistrat keine genügende Kontrolle herrschte und die Unterschlagung dem Angeklagten demnach leicht gemacht worden sei.

Bromberg, 22. Januar. Brand in einer Drogerie. In der Dangierstraße entstand Mittwoch, morgens gegen 8 Uhr, ein Brand, der aber bald gelöscht werden konnte. Wie erachtet wird, sollen in einer Liste Feuerwerkskörper zur Kaiserdebuttagfeier enthalten gewesen sein. Dennoch ist also die Kiste zu früh explodiert.

Bromberg, 22. Januar. Eine Zeitgenossin Napoleon I. und Augenzeugin der Freiheitskriege ist in der Lehrersemitte Frau Henrike Kirsch dahingegangen, die hier am Sonntag in dem ungewöhnlich hohen Alter von 107 Jahren nach langem schweren Leiden gestorben ist. Die Greisin konnte sich bis in ihre letzten Lebensjahre noch recht gut an manche Einzelheiten aus der Zeit vor hundert Jahren erinnern, die sie als Kind mit erlebt hatte.

Kowitz, 22. Januar. Der zweite Selbstmord in 14 Tagen. Ein Soldat der 1. Kompanie des 50. Infanterieregiments verübte Selbstmord durch Erhängen. Es ist dies innerhalb 14 Tage der zweite Fall von Selbstmord bei dem hiesigen Regiment.

Hohenhalza, 22. Januar. 18 Monate Gefängnis für das Abbrechen einer Nasenspitze. Eine empfindliche Strafe verhängte die hiesige Strafammer gegen den Arbeiter Kawalek von hier, der im vergangenen Herbst bei einer Schlägerei dem Zimmermann Voruzki von hier die Nasenspitze abgebissen hatte. Das Gericht erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Schneidemühl, 22. Januar. Aus einer nicht sozialdemokratisch geleiteten Krankenklasse. Eine der beliebtesten Agitationssäulen der Realstandarte ist und bleibt immer die "Mitschwester" in Krankenklasse unter "sozialdemokratischer Leitung". Hier in Schneidemühl, wo sich bis vor kurzem erfolgten Neuwahl der Vorstand der Krankenklasse aus bürgerlichen Leuten zusammenfand, sind so arge Missstände aufgedeckt worden, die das Einschreiten der Staatsanwaltschaft zur Folge haben müssen. Obwohl gewisse Vorgänge in den Daseinfällen schon so bekannt sind, daß sie die Spalten von den Dächern pfeilen, wagte es die bürgerliche Presse nicht, den Finger in die für sie schmerliche Wunde zu legen. Jetzt kommt nun der Stein zum Rollen. Wegen Unterschlagung ist gegen den Rendanten der "Allgemeinen Ortskrankenklasse" von Arbeitgeberseite Strafantrag gestellt. Der Vorstand konnte sich trotz der offenkundigen Tatsache nicht zu einer Anzeige gegen den Rendanten entschließen, vielleicht auch deshalb, weil dieser der Zentrumspartei angehört. So sieht es in einer Krankenklasse aus, in deren Vorstand bisher kein Sozialdemokrat saß. Aber das ist die Moral der Gegner: andere werden gründlich verdächtigt, während sie selbst im eigenen Sumpf erstickeln.

Bohumitz, 22. Januar. Von einem tragischen Gesicht wurde die Familie des Obermüllers Krause erfasst. Im Sommer starb unerwartet nach kurzer Krankheit Krause. Die Frau blieb mit 5 Jahren verstorbenen Kindern zurück und nahm sich den Tod ihres Mannes so zu Herzen, daß sie sich in Wunde und in eine Irrenanstalt zugeführt werden musste. Jetzt ist auch die Frau dort gestorben. Die Kinder sind auf die Mildtätigkeit anderer Menschen angewiesen.

Briefposten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 12—1 Uhr mittags.

— **W. Schlesien.** Schlesien und mittellost, so wird leider das Schleife ausgehen. 8. Übernehmen Sie die Sache beim Arbeiterssekretariat, damit die nötige Einigung leicht geht.

Waltz. Da Sie im Dezember 1918 aus der Kirche ausgetreten sind, brauchen Sie nur bis Ende 1918 Kirchensteuern zu zahlen für die Monate Januar bis März 1914 nicht mehr. (§ 8 des Gesetzes über den Austritt aus der Kirche vom 14. 5. 78.)

— **Wielitz.** In der Wielitz befindet sich mittellost, so wird leider das Schleife ausgehen. 8. Übernehmen Sie die Sache beim Arbeiterssekretariat, damit die nötige Einigung leicht geht.

Waltz. Da Sie im Dezember 1918 aus der Kirche ausgetreten sind, brauchen Sie nur bis Ende 1918 Kirchensteuern zu zahlen für die Monate Januar bis März 1914 nicht mehr. (§ 8 des Gesetzes über den Austritt aus der Kirche vom 14. 5. 78.)

Breslau, 21. Januar. Aussicht von der Marktwertungskommission für Getreide.	
Weizen, 9/10 Qualität der letzten Ernte	für 100 Kilogramm
Mais, obgleich	17,00 — 18,10
Hafer, obgleich	14,90 — 15,10
Mais und Butterrost der letzten Ernte	14,20 — 14,80
Butterrost, gute Qualität der letzten Ernte	15,50 — 15,80
Hafer, obgleich	14,60 — 15,80
Butterrost der letzten Ernte	15,00 — 15,80
Hafer, obgleich	17,00 — 17,80
Butterrost	6,80 — 6,90
Winterrost	4,80 — 5,00
	2,00 — 2,10
	Keine 26,00, mittlere 25,80, geringe Ware 25,00

Breslauer Schlachtfleischmarkt. Mittlicher Bericht über den Hauptmarktamstag am 21. Januar 1914. Der Auftritt betrug: 1245 Kinder, 1275 Schweine, 212 Schafe, 1620 Hörner, 123 Hunde, 28 Schweine 2 Kalber, 6 Schafe.

Es wurden gezahlt 1800 Pfundgramm:

I. Kinder, A. Ochsen:	Gebund. Gewicht:	Getrocknet. Gewicht:
Großkalbige, ausgemästete Ochsen, höchst Schlagwert, die noch nicht geopfert waren (ungejocht)	46—48	81—84
Großkalbige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren, Junges, stielige, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete Rinder genährt junge, gut genährt ältere	38—43	69—75
Bullen:	32—36	64—72
Großkalbige, ausgewachsene höchste Schlagwert	46—48	79—82
Wölzige Junges, gut genährt ältere	42—44	70—80
C. Kalber:	41	82
Großkalbige, ausgemästete Kalber höchst Schlagwert, 5 bis 7 Jahren	44—45	77—81
Mittler ausgemästete Kalber und gute Saugkalber	37—41	69—76
Geringe Saugkalber.	32—36	64—72
Wölzige Hammel und Schafe (Schweine):	25—29	56—64
Wölzige Hammel und Schafe (Rinder):	30—43	60—68
Geringere Hammel und Schafe:	—	—
IV. Schweine:	50—52	63—65
Vollfleische Schweine über 120 bis 150 Pfund. (240 bis 300 Pfund Lebendgewicht)	49—51	63—65
Vollfleische Schweine über 100 bis 120 Pfund. (200 bis 240 Pfund Lebendgewicht)	47—49	61—64
Vollfleische Schweine über 80 bis 100 Pfund. (160 bis 200 Pfund Lebendgewicht)	44—47	57—61
Geringe Schweine über 100 Pfund. (80 bis 120 Pfund Lebendgewicht)	44—47	57—61
Große Schweine über 100 Pfund. (80 bis 120 Pfund Lebendgewicht)	—	—
Gefäßgang: Sehr langsam.		
Ausbruch nach Beobachtung: 88 Kinder, 102 Schweine, 92 Rinder, 8 Schafe nach Mittwoch und Neubeginn: 102 Kinder, 105 Schweine, 93 Rinder, 8 Schafe, 102 Hörner, 162 Schafe, nach Weihnachten: 107 Kinder, 108 Schweine, 94 Rinder, 10 Schafe, 102 Hörner nach anderen Plätzen: 21 Kinder, 10 Schweine, 10 Hörner verbleiben: 10 Kinder, 10 Schweine, 10 Hörner.		

Alkoholfreie Getränke**= Bilz-Sinalco =**Bew. Dr. G. S. G. 1. Tel. 200.
Schuhmacher, Maxstraße 123, Wiss.
Schoen, A. Salzg. 12 (Wien).
Schoen, Wiss. Dörflestrasse 20.Thomas, BRUNO, Huberstr. 84.
Teletext 2511.**Aluminium-Klopfenwer.**
Gra. G. G. G. 1. dauerb. metabo.**Glocken- und Kandillieren**Glocke, Max, Metzgerstraße 5.
Freisch. Carl, Oderstrasse 20.

Glocke, A., Schuhmacherstr. 48.

Glockmann, W., Wilhelmstr. 61.

Alfred Roth, Schuhmacherstr. 44.

Glocke, Gustl, Schuhmacherstr. 4.

Glockmann, W., Wilhelmstr. 4.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 18.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 23.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 24.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 25.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 26.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 27.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 28.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 29.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 30.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 31.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 32.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 33.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 34.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 35.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 36.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 37.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 38.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 39.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 40.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 41.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 42.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 43.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 44.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 45.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 46.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 47.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 48.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 49.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 50.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 51.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 52.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 53.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 54.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 55.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 56.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 57.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 58.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 59.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 60.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 61.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 62.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 63.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 64.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 65.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 66.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 67.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 68.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 69.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 70.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 71.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 72.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 73.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 74.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 75.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 76.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 77.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 78.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 79.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 80.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 81.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 82.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 83.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 84.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 85.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 86.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 87.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 88.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 89.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 90.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 91.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 92.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 93.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 94.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 95.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 96.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 97.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 98.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 99.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 100.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 101.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 102.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 103.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 104.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 105.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 106.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 107.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 108.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 109.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 110.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 111.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 112.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 113.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 114.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 115.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 116.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 117.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 118.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 119.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 120.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 121.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 122.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 123.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 124.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 125.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 126.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 127.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 128.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 129.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 130.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 131.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 132.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 133.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 134.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 135.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 136.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 137.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 138.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 139.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 140.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 141.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 142.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 143.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 144.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 145.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 146.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 147.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 148.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 149.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 150.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 151.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 152.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 153.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 154.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 155.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 156.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 157.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 158.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 159.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 160.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 161.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 162.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 163.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 164.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 165.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 166.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 167.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 168.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 169.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 170.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 171.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 172.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 173.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 174.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 175.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 176.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 177.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 178.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 179.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 180.

Glocke, Max, Wiss. Wiss. 181.

Der Dritte Schrift-Prozeß.

Die Teilnahme am Religionsunterricht eingeschürtt, wissenswilligen Tagesen blieb ich jederzeit bereit, die Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen zu erhalten, falls ein Zwang nicht ausgetrieben wird. Von der Wichtigkeit des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen ist die Regierung durchaus durchdrungen. Aber der Regierung ist es unmöglich, Ihnen, die zwangsweise Einschließung ablehnenden Standpunkt den Wünschen des Zentrums entsprechend aufzugeben. Begegnen Sie sich also mit dem Angebot der Regierung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (Niedt): polemisiert gegen den Abg. v. Pappenheim, namentlich gegen dessen Behauptungen über jüdische Auskunftung zum Religionsunterricht. Ersterer war gar keine Rede davon, daß die Gemeinden hierin absolut freie Hand haben sollten. Daran kann man sich nicht berufen und der Vorwurf, daß die Ausführungsbestimmungen dem Gesetz widersprechen, ist unberechtigt. Sie sind vielmehr von wahrhafter Negligenz erfüllt. Würden Sie die Religion als quantitativ auftreten.

Abgesehen von der Rechtsfrage, ob man über 14 Jahre alte Schüler zum Religionsunterricht zwingen kann, soll man in diesem Alter keine Konflikte erzeugen! (Sehr wahre linke.) Nur die Schulaufsichtsbehörden, nicht die Gemeinden haben über den Lehrplan zu bestimmen. Den Antrag lehnen wir ab! Wenn uns Abg. Kaufmann beweisen kann, daß in der Fortbildungsschule fast alle demokratische Bestrebungen sich breit machen, so werden wir die Regierung auffordern, den älteren Besen zu gebrauchen! (Bravo! rechts und im Sitze, denn Volkstümlichkeit gehört nicht in die Schule! (Südm., Gust. b. d. Soz.) Wir wollen eine gute Fortbildungsschule mit religiösen Impulsen. (Abal b. d. Soz.), um nur auf stützlich-religiöser Grundlage kann die Jugend erhalten, was sie braucht — aber wir wollen keinen Religionszwang. (Bravo! b. d. Niedt.)

Abg. Kauder (Freiburg): Ich stimme dem Antrag v. Pappenheim bei und lese im Unterschied zu dem Abg. v. Campe aus ihm heraus, daß der Religionsunterricht nicht obligatorisch, sondern facultativ erteilt werden soll.

Abg. Gräfe (Bp.): Wir lehnen den Antrag v. Pappenheim ab. Wir hoffen, daß die Regierung den Bestrebungen des Zentrums nach dem obligatorischen Religionsunterricht an den ländlichen Fortbildungsschulen entschiedenen Widerstand entgegenbringen wird. Ein religiös-ästhetischer Unterricht ist garantiert und dieser kann ebenso wirkungsvoll sein, wie ein Religionsunterricht. Es ist nicht Aufgabe eines souveränen Staates, den Ansprüchen der katholischen Kirche Konzessionen zu machen (Marx u. S.). Das Verlangen nach Fortsetzung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen stellt aus. (Beifall linke.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Den Abg. v. Pappenheim hier im voreilichen Abschiedenhaus eintreten zu sehen für die Selbstverwaltung der Gemeinden. Das wird einem nicht alle Tage gehören. (Sehr wahre linke.) Herr Cassel links, Herr Rosenthal rechts und Herr v. Pappenheim in der Mitte! (Heiterkeit.) Bei dem Zweckverbandssatz und dem Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn hat man von der Freundschaft des Abg. v. Pappenheim für die Selbstverwaltung nichts geschenkt. Na — wir kennen unsere Pappenheimer! (Heiterkeit.) Velleicht wird Herr v. Pappenheim demnächst Sprecherleiter oder Oberpräsident, dann kann er ja seine Liebe für die Selbstverwaltung der Stadt Berlin beweisen. — Die Mehrheit dieses Hauses wünscht ja

den Religionsunterricht von der Siege bis zum Grabe oder, modern ausgedrückt, vom Brutapparat bis zum Krematorium; zuerst in der Schule, dann noch vor der Kreuzigung in der Kaserne. Nun, besser können Sie den Schülern die Religion gar nicht verleihen, als wenn Sie ihnen nach der Schulpflicht noch zehnmal Unterricht aufzwingen. Die Regierung meint: Schreit für Schreit zurück! Sie will jetzt zwar Sie bekommen, daß nämlich nach der Anwendung des Ministrers im Gesetz nicht begründete Religionsunterricht bei den anderen Fächern mit eingeschmugelt werden soll — soviel sollen Fortbildungsschullehrer werden! Das alles soll nur der Unterdrückung und Niederhaltung der arbeitenden Massen dienen. Daß Sie meinen, ohne den Gendarmerie die Freiheit nicht mehr in einen Religionsunterricht hineinbekommen, ist ein bedenkliches Zeichen der Religionslosigkeit bei Ihnen! Herr v. Pappenheim hat gesagt, daß die Regierung in die Herbergsschule nichts hinzutun habe. Aber in

dem Arbeiterviertel die Schulräume entzogen.

Der Religionsunterricht darf nicht der Verfassung entgegen eingehemmigt werden. Seht auch der Reichsminister infolge des Rückgangs der Militärauglichkeit den Turnunterricht unter einer anderen Fächer mit eingeschmugelt werden soll — soviel sollen Fortbildungsschullehrer werden! Das alles soll nur der Unterdrückung und Niederhaltung der arbeitenden Massen dienen. Daß Sie meinen, ohne den Gendarmerie die Freiheit nicht mehr in einen Religionsunterricht hineinbekommen, ist ein bedenkliches Zeichen der Religionslosigkeit bei Ihnen! Herr v. Pappenheim hat gesagt, daß die Regierung in die Herbergsschule nichts hinzutun habe. (Beifall in Gentz, Bütten bei den Nationalliberalen.)

Abg. Freiherr v. Michelsen (cons.): Im Kampf mit der Sozialdemokratie hat der Religionsunterricht eine große Bedeutung. Die gewangene Einschließung des Religionsunterrichtes ist immerhin ein achtungsvoller Beitrag als der Terrorismus der Sozialdemokratie! (Beifall rechts.)

Der Abg. Schreyer (Soz.) erklärt sich für den Antrag von Pappenheim.

Abg. Dr. Hoffmann (Soz.): Wir kämpfen nicht gegen die Religion, sondern nur gegen den Missbrauch der Religion. Der "Domrat" hat das Weltmaßfest nicht gejähmt. Der Antrag zuerst fordert genauso unseres Programms Wohlstand der Schule. Der Religionsunterricht soll den Eltern und der Kirche überlassen bleiben. Ein Religionszwang in der Fortbildungsschule würde den Kirchenaustritt auslösen. Herr v. Michelsen hat angegeben, daß der Religionsunterricht der Juden nicht dienen soll. Trotz aller ihrer Anstrengungen aber steht sich das Volk von der Herrlichkeit der Jüdenschule und der Religion aufzuhören befreien. (Lob. Bravo! bei den Freiheitlichen Beifall rechts.)

Abg. Freiherr von Seebach (Freiburg): Wir stimmen für den Antrag in dem Sinne, daß er nicht dem obligatorischen Religionsunterricht die Zunge schneidet soll.

Abg. Marx (Gentz) betontlich: Man hat von mir Beweise vorzuzeigen, die das gar zu beweisen seien; ich werde sie nicht vorzeigen.

Der Antrag von Pappenheim wird gegen die Nationalliberalen, Sozialdemokraten und Sozialreformisten abgestimmt. — Sitzung 3½ Uhr.

In der Verhandlung vom Mittwoch wurde zunächst längere Zeit unter Ausschluß der Debatte die Wichtigkeit festgestellt. Dem Gemeinen noch wurden die noch zu verlegenden Fortbildungsschulen zu erläutern, falls ein Zwang nicht ausgetrieben wird. Von der Wichtigkeit des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen ist die Regierung durchaus durchdrungen. Aber der Regierung ist es unmöglich, Ihnen, die zwangsweise Einschließung ablehnenden Standpunkt den Wünschen des Zentrums entsprechend aufzugeben. Begegnen Sie sich also mit dem Angebot der Regierung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (Niedt): polemisiert gegen den Abg. v. Pappenheim, namentlich gegen dessen Behauptungen über

jüdische Auskunftung zum Religionsunterricht. Ersterer war gar

keine Rede davon, daß die Gemeinden hierin absolut freie Hand

haben sollten. Daran kann man sich nicht berufen und der Vorwurf, daß die Ausführungsbestimmungen dem Gesetz widerstreichen, ist unberechtigt. Sie sind vielmehr von wahrhafter Negligenz erfüllt. Würden Sie die Religion als quantitativ auftreten.

Abg. Dr. v. Pappenheim (Bp.): Ich stimme dem Antrag v. Pappenheim bei und lese im Unterschied zu dem Abg. v. Campe aus ihm heraus, daß der Religionsunterricht nicht obligatorisch, sondern facultativ erteilt werden soll.

Abg. Gräfe (Bp.): Wir lehnen den Antrag v. Pappenheim ab.

Wir hoffen, daß die Regierung den Bestrebungen des Zentrums nach dem obligatorischen Religionsunterricht an den ländlichen Fortbildungsschulen entschiedenen Widerstand entgegenbringen wird. Ein religiös-ästhetischer Unterricht ist garantiert und dieser kann ebenso wirkungsvoll sein, wie ein Religionsunterricht. Es ist nicht Aufgabe eines souveränen Staates, den Ansprüchen der katholischen Kirche Konzessionen zu machen (Marx u. S.). Das Verlangen nach Fortsetzung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen stellt aus. (Beifall linke.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Den Abg. v. Pappenheim hier im voreilichen Abschieden-

haus eintreten zu sehen für die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Das wird einem nicht alle Tage gehören. (Sehr wahre linke.)

Herr Cassel links, Herr Rosenthal rechts und Herr v. Pappenheim in der Mitte! (Heiterkeit.) Bei dem Zweckverbandssatz und

dem Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn hat man von der

Freundschaft des Abg. v. Pappenheim für die Selbstverwaltung

nichts geschenkt. Na — wir kennen unsere Pappenheimer! (Heiterkeit.) Velleicht wird Herr v. Pappenheim demnächst Sprecherleiter oder Oberpräsident, dann kann er ja seine Liebe für die Selbstverwaltung der Stadt Berlin beweisen. — Die Mehrheit dieses Hauses wünscht ja

den Religionsunterricht von der Siege bis zum Grabe

oder, modern ausgedrückt, vom Brutapparat bis zum Krematorium;

zuerst in der Schule, dann noch vor der Kreuzigung in der Kaserne. Nun, besser können Sie den Schülern

die Religion gar nicht verleihen, als wenn Sie ihnen nach der Schulpflicht noch zehnmal Unterricht aufzwingen.

Die Regierung meint: Schreit für Schreit zurück! Sie will jetzt zwar

Sie bekommen, daß nämlich nach der Anwendung des Ministrers

der im Gesetz nicht begründete Religionsunterricht bei den

anderen Fächern mit eingeschmugelt werden soll — soviel

sollen Fortbildungsschullehrer werden! Das alles soll nur

der Unterdrückung und Niederhaltung der arbeitenden Massen

dienen. Daß Sie meinen, ohne den Gendarmerie die Freiheit

nicht mehr in einen Religionsunterricht hineinbekommen,

ist ein bedenkliches Zeichen der Religionslosigkeit bei Ihnen!

Herr v. Pappenheim hat gesagt, daß die Regierung in die Herbergsschule nichts hinzutun habe. Aber in

dem Arbeiterviertel die Schulräume entzogen.

Die Verteidiger traten dem Anklagevertreter darin bei, daß

die Falle außerordentlich müde zu beurteilen seien und daß eine

Verleumdung des Spionagegesetzes nicht vorliege, die Angeklagten

wegen erschwertem Ungehorsams sechs Wochen Stubenarrest, gegen

den Hinrichtungsweg wegen erschwertem Ungehorsam zwei Monate Ge

fängnis, wegen erschwertem Ungehorsams sechs Wochen Stubenarrest gegen Verleumdung der Wehrmachtsbefehlshaber entgegengebracht haben, ist er

unwahrscheinlich, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise

die Firma Krupp ihre Preise erhöht hat, so lag doch die Gefahr

einer solchen Erhöhung vor und die Möglichkeit der Schädigung des

Reiches war nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung sei bei

den Angeklagten Tilius und Hoge nicht nachgewiesen worden,

es sei daher eine Strafe nicht angebrachten, daß

die Firma Krupp alle durch die Milderung der Strafe befreit sei.

Die Firma Krupp der Gehebeverwaltung entgegengebracht haben, ist er

schwierig, daß durch die Kenntnis der Konkurrenzpreise